



Kiel, 7. November 2013

Nr. 243 /2013

Lars Winter und Birte Pauls:

## Wir brauchen flächendeckend Pflegestützpunkte

*Im Finanzausschuss führte Staatssekretärin Langner heute aus, dass der Haushaltstitel zur finanziellen Unterstützung von Pflegestützpunkten auch für diejenigen Kreise ausgestattet ist, in denen es noch keine gibt. Dazu erklären die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, und der ostholsteinische Abgeordnete und finanzpolitische Sprecher der Fraktion Lars Winter:*

Im Finanzausschuss des Landtags hat Staatssekretärin Langner (SPD, Sozialministerium) heute ausdrücklich bestätigt, dass der Haushalt 2014 des Sozialministeriums auch Vorsorge für die Unterstützung von Pflegestützpunkten in den Kreisen vorsieht, die bislang keine trägerunabhängigen Pflegestützpunkte unterhalten. Das Ziel des SPD-geführten Ministeriums ist, dass auch diejenigen Kreise einen Pflegestützpunkt erhalten, die unter der Vorgängerregierung leer ausgegangen waren. Für Ostholstein und für die anderen betroffenen Kreise ist das eine gute Nachricht. Die Pflegestützpunkte sind eine Erfolgsgeschichte: Sie entlasten die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen erheblich.

Für den Kreis Ostholstein sollte das das endgültige Signal sein, den immer wieder von der SPD-Kreistagsfraktion eingereichten Anträgen zur Einrichtung eines trägerunabhängigen Pflegestützpunktes zu folgen. Die bisherige Entwicklung in den Gremien des Kreises Ostholstein lässt Gutes hoffen.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Ein Pflegestützpunkt ist eine örtliche Anlaufstelle für Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige. Pflegestützpunkte sollen den organisatorischen Aufwand bei der Beantragung von Leistungen zur Behandlung von Erkrankungen, für Hilfe bei der Pflege und für Altenhilfe reduzieren. Davon werden auch Ostholsteininnen und Ostholsteiner künftig profitieren.